



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

11.5103.02

FD/P115103
Basel, 8. Mai 2013

Regierungsratsbeschluss
vom 7. Mai 2013

Anzug Lorenz Nägelin betreffend elektronische Lohnabrechnung beim Staatspersonal

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 8. Juni 2011 den nachstehenden Anzug Lorenz Nägelin dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Die heutige berufstätige Bevölkerung ist nahezu zu 100% elektronisch vernetzt. Zahlreiche Dienstleistungen, Rechnungen, Telefonauszüge etc. lassen sich einfach per Mausklick versenden oder empfangen. Nun stellt sich die Frage, ob nicht auch die monatliche Lohnabrechnung der rund 18'000 Beschäftigten des Kantons Basel-Stadt elektronisch an diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter versendet werden könnte, welche dies wünschen.

Einerseits würden sich beim Staat die Versand-, Material- und Verpackungskosten reduzieren, andererseits das Personal von unerwünschter Papierflut entlasten. Als Nebeneffekt resultiert zusätzlich eine geringere Belastung der Umwelt.

Der Unterzeichnende bittet den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

- ob die monatliche Lohnabrechnung elektronisch an die Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt versendet werden könnte, sofern diese vom Lohnempfänger nicht ausdrücklich in Papierform erwünscht wird.
- wie viel eingespart werden könnte, wenn sämtliche Lohnbezüger des Kantons Basel-Stadt auf den Postversand verzichten würden?

Lorenz Nägelin“

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

1. Allgemeine Ausführungen

Im Zusammenhang mit der Beantwortung von früheren parlamentarischen Geschäften¹, erfolgten bereits diverse Abklärungen im Hinblick auf mögliche Kosteneinsparungen, die aus Druck und Versand der Lohnabrechnungen erwachsen. Bis anhin wurde jedoch eine Änderung der Versandart der Lohnabrechnung nicht in Betracht gezogen. Die dafür ausschlaggebenden Gründe wurden zuletzt im Antwortschreiben auf die schriftliche Anfrage von Alexander Gröflin ausführlich dargelegt.

¹ zum Beispiel dem Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend „Überprüfung postalischer Grossversände an die Staatsangestellten des Kantons Basel-Stadt vom 08. April 2008 (FD/P065101) oder der schriftlichen Anfrage von Alexander Gröflin betreffend Versand von Lohnabrechnungen an Staatsangestellte im Kanton Basel-Stadt vom 14. April 2010 (FD/P105064)

1.1. Technische Entwicklung

Inzwischen hat sich der elektronische Versand derart weiterentwickelt, dass die sichere Zustellung von vertraulichen Dokumenten, wie zum Beispiel von Lohnabrechnungen, auch per E-Mail gewährleistet ist. Aus diesem Grund hat die Schweizerische Informatikkonferenz (SIK) im Januar 2013 für ihre Mitglieder einen Rahmenvertrag mit der Schweizerischen Post abgeschlossen, welche mit IncaMail den verschlüsselten und passwortgeschützten Versand von Lohnabrechnungen anbietet. Gemäss dem Anbieter ist der Versand per E-Mail ebenso sicher wie derjenige mittels eingeschriebenen Briefs. Zu Bemerken ist an dieser Stelle, dass die elektronische Zustellung per IncaMail ohne Weiteres nur bei externen Mail-Adressen möglich wäre, währenddem für einen allfälligen internen Versand technische Anpassungen erforderlich wären (einmalige Kosten für die Einführung von IncaMail von rund 10'000 Franken).

1.2. Kosten des elektronischen Versands

Wie bereits festgehalten, wäre die vertrauliche Zustellung an eine private Mail-Adresse technisch zwar möglich, würde jedoch zu einem hohen Betreuungs- und Aktualisierungsaufwand führen, da private Mailadressen erfahrungsgemäss öfters geändert werden.

In Frage käme daher nur die Zustellung an eine Geschäftsmailadresse. Hierzu ist festzuhalten, dass der Kanton über rund 6'500 interne Mailadressen verfügt. Hinzu kommen die rund 4'000 externen Mailadressen von Lehrpersonen („edubs“-Adressen) sowie die rund 7'000 Mailadressen von angeschlossenen Institutionen, für welche der Kanton die Lohnabwicklung durchführt. Dies entspricht einem Total von insgesamt rund 17'500 Mailadressen. Im nachfolgenden Kostenvergleich wurden die einmaligen Kosten, die aus den technischen Anpassungen der Geschäftsmailadressen erwachsen, um deren IncaMail-Kompatibilität zu gewährleisten, nicht mitberücksichtigt.

Zu den Kosten im Einzelnen:

Der Mailversand von elektronischen Lohnabrechnungen an alle 17'500 Mailadressen würde jährliche Kosten von rund 95'000 Franken mit sich bringen. Es handelt sich hierbei in erster Linie um Kosten, die der Schweizerischen Post für den verschlüsselten und passwortgeschützten Versand entrichtet werden müssten. Im Rahmen dieser Kostenberechnung bereits berücksichtigt ist ein Rabatt von 12% aufgrund des oben erwähnten Rahmenvertrags der SIK mit der Post.

Aufgrund von Lohnbeilagen wie z.B. der Mitarbeitendenzeitschrift „BS intern“, von Flyer (Aus- und Weiterbildung) und den üblichen Informationen an die Mitarbeitenden müsste trotz dem elektronischen Versand der Lohnabrechnungen zusätzlich sechs Mal jährlich ein postalischer Versand von Dokumenten erfolgen. Die Kosten für diesen postalischen Versand würden sich auf rund 70'000 Franken jährlich belaufen. Im Ergebnis wären die Kosten für den elektronischen Versand in Kombination mit einem reduzierten postalischen Versand insgesamt um rund 10% höher, als die Kosten, die aus einem rein postalischen Versand erwachsen. Wird davon ausgegangen, dass lediglich 20% der Mitarbeitenden mit einer Geschäftsmailadresse einen elektronischen Versand der Lohnabrechnungen wünschen, so erhöhen sich die Mehrkosten nochmals erheblich.

1.3 Exkurs über die Kantonsgrenzen hinweg

Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat am 28. November 2012 beim Kantonsrat beantragt, das Postulat (KR-Nr. 315/2010) betreffend Zustellung der Lohnabrechnung für kantonale Angestellte per E-Mail im Intranet als erledigt abzuschreiben. Der Grund dafür liegt darin, dass - ähnlich wie beim Arbeitgeber BASEL-STADT - andere Dokumente weiterhin postalisch an die Mitarbeitenden hätten verschickt werden müssen.

2. Zu den einzelnen Fragen:

Der Regierungsrat nimmt wie folgt Stellung zu den einzelnen Fragen:

- ob die monatliche Lohnabrechnung elektronisch an die Mitarbeitenden des Kantons Basel-Stadt versendet werden könnte, sofern diese vom Lohnempfänger nicht ausdrücklich in Papierform erwünscht wird.

Ein Versand der Lohnabrechnungen in elektronischer Form wäre technisch mit den entsprechenden IT-Anpassungen möglich.

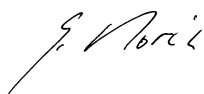
- wie viel eingespart werden könnte, wenn sämtliche Lohnbezüger des Kantons Basel-Stadt auf den Postversand verzichten würden?

Da aufgrund der zusätzlichen Lohnbeilagen (z.B. BS intern, Flyer etc.) weiterhin mindestens sechs Mal pro Jahr ein postalischer Versand zu erfolgen hätte, würden zusammen mit den Kosten für den elektronischen Versand der Lohnabrechnungen Mehrausgaben im Umfang von rund 10% resultieren. Würde nur ein Teil der Mitarbeitenden den Versand per Email wünschen, hätte dies weitere Mehrkosten zur Folge. Eine vom Anzugsteller erhoffte Kostenersparnis wäre demnach nicht realistisch. Der Regierungsrat vertritt daher die Auffassung, dass aufgrund der Mehrkosten die elektronische Zustellung der monatlichen Lohnabrechnung nicht eingeführt werden soll.

3. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Lorenz Nägelin betreffend elektronische Lohnabrechnung beim Staatspersonal abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatschreiberin